

Saale-Zeitung.

Zweizehnhundertvierzigster Jahrgang.

Redaktion und Druck-Verwaltung: Saale, Nr. 24.

Verkaufsstelle: Markt 24.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich bei postmaler Zahlung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zuzahlungsgeld.

Nr. 75.

Salle a. S., Freitag, den 14. Februar.

1913.

Eine Kaiserrede bei Vereidigung des Erzbischofs von Köln.

Donnerstag mittag fand die feierliche Vereidigung des Erzbischofs von Köln, Dr. v. Hartmann, im königlichen Schloß statt.

Der Kultusminister, begleitet vom Unterstaatssekretär von Chappuis, geleitete den Erzbischof und sein Gefolge in den Saal und stellte ihn dem Kaiser mit nachsichenden Worten vor.

Nach der Vorstellung durch den Kultusminister richtete Erzbischof Dr. v. Hartmann folgende Ansprache an den Kaiser:

Eure Kaiserliche und königliche Majestät!

Unter der allergnädigsten Zustimmung Eurer Kaiserlichen und königlichen Majestät durch die vom Heiligen Vater bestätigte Wahl des Metropolitankapitels auf den Kölner Erzbischof berufen, habe ich heute die hohe Ehre, vor Eurer Majestät zu erscheinen, um den Tribut meiner Ehrfurcht an den Stufen des königlichen Thrones niederzulegen und Eurer Majestät den Schwur der Treue zu leisten.

Ich leiste diesen Eid nicht nur, weil eine Vereinbarung zwischen der Krone Preußens und dem Heiligen Stuhl ihn mir zur Pflicht macht, sondern auch aus vollem, freudigen, Eurer Majestät warm ergebener Herzen. Die Gesinnung der Anhänglichkeit und Treue gegen die Dynastie, die mir schon als Kind im elterlichen Hause eingeplant sind, und die ich mir im Laufe der Jahre treu bewahrt habe, flammten hoch in mir auf durch die Allerhöchste Eide, mit der Eurer Majestät mich vor Jahresfrist zu empfangen geruhten.

Eure Majestät haben die Gnade gehabt, in diesem Jahre meiner bisherigen Kathedrale ein prächtiges Glasgemälde zu schenken. Es gibt den weltgeschichtlichen Moment wieder, wo Papst Leo III. Kaiser Karl den Großen in Hoflager zu Badnorn aufsucht und um seine Hilfe bittet, unterstützt von meinem ersten Vorgänger auf dem Metropolitansitz, dem heiligen Adalbertus.

Die heiligsten Gebete werden dafür aus dankbarem Herzen zum Himmel empfortragen und die reichsten Segnungen Gottes auf das teure Haupt Eurer Majestät, das königliche Haus, wie das gesamte deutsche Vaterland herabfließen.

Ich habe mich bemogen gefunkt, das eidiiche Geselbhis der Treue, welches Sie, hochwürdiger Herr, begeben abgelagt haben, Selbst entgegenzunehmen. Die Pflichten und Mäßen des bischöflichen Amtes, aber auch kein zehrer Segen lind Ihnen nicht fremd.

Dies weltgeschichtliche Ereignis ist ein lehrreiches Beispiel für den Segen eines vertrauensvollen Verhältnisses der Kirche zu dem höchsten Träger der Staatsgewalt und enthält zugleich eine ernste Mahnung. Ihre bisherige Amtsführung gibt mir die Zuversicht, daß Sie, dieser Mahnung eingedenk, auch in Ihrer neuen Würde Ihre Geistlichen und Gemeinden lehren und anleiten werden, mit der Anhänglichkeit an Ihre Kirche zu verbinden treue Ergebenheit gegen Mich und Mein Haus, warme Liebe zum deutschen Vaterlande und Gehorsam gegen die von Gott verordnete Obrigkeit.

In diesem Vertrauen will ich Sie Meiner königlichen Guld und meines landesväterlichen Wohlwollens für Ihre Dispositionen wie für alle Meine Untertanen katholischen Glaubens in Gnaden ver sichern und Ihren Eintritt in das neue Amt mit Meinen besten Wünschen begleiten. Gottes Segen sei mit Ihnen.

Die Kaiserin empfing darauf den Erzbischof im Pfeiseraal. — Um 1 Uhr war Frühstückstafel, an der u. a. teilnahmen: der Reichstanzler, der Justizminister, der Kultusminister, der Minister des Innern, Unterstaatssekretär von Chappuis, der Erzbischof Dr. von Hartmann und die beiden Herren seiner Begleitung, die drei Kabinetschefs und die Herren des Gefolges. Der Kaiser sah zwischen dem Reichstanzler und dem Erzbischof.

Der Einzug des prinziplichen Paars.

Zu dem schon in der geliebten Ausgabe in seinem Verlauf geschilderten Einzug seien noch folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Das Brautpaar.

Prinz Ernst August trug die Uniform der Schwere Reiter, Prinzessin Viktoria Luise ein borboreantes Kleiderstück mit rotem Überrock. Danach verließ Prinz Max von Baden mit Gemahlin den Hofzug. Aus der Hand des Kaisers nahm die Prinzessin einen Strauß prächtiger Marzapen-Nußkugeln entgegen. Die Prinzessin küßte ihre zum Empfang anwesenden Brüder und nahm die Glückwünsche ihrer Bettern entgegen. Die Musik der Ehrenkompagnie, die während der kurzen Begrüßung verstimmt war, intonierte, als kurz darauf das Brautpaar die Front abschritt, von neuem die Klänge des Präsentiermarsches. Am roten Flügel der Ehrenkompagnie erfolgte sodann die Vorstellung und Begrüßung der anwesenden Prinzen und Würdenträger. Die Kaiserin begab sich mit der Prinzessin in das Frühstückszimmer, der Kaiser nahm mit seinem zukünftigen Schwiegersohn die Vorbereitungen der Ehrenkompagnie entgegen. Darauf verließen die hohen Herrschaften den Bahnhof, um sich zu den bereitstehenden Wagen zu begeben. In einem vierwägenigen a la Daumont gefahrenen Wagen nahm die Kaiserin, zur Linken ihrer Tochter, Platz, während der Kaiser mit dem Bräutigam ihnen gegenüber auf dem Rückwärts Platz genommen hatten. Unter dem Hurra der Menge setzte sich sofort der Wagen in Bewegung.

Ein Stimmungsbild vom Potsdamer Platz.

Dies sah es in den frühen Morgenstunden noch trübe aus. Je weiter aber der Zeiger schritt, desto heller wurde das Bild. Aus der Morgendämmerung trat mählich der wehende Farnenwald der Hotels und Restaurants hervor, die Straßensegerlonnen rückten an und bedeckten den schlüpfrigen Asphalt mit einer Sandsticht. Langsam bildeten sich Gruppen von stagenben, plaudernden Menschen. Um 8 Uhr kamen der Kaiser und sein Gefolge in Automobilen über den Potsdamer Platz gefahren, Hofstücken trachten die Herzen vom Dienst, und ein wenig später hieß langsam die vierwägenige Geladung mit den Galaretären in ihrer malerischen Tracht vorüber. Im Augenblick war nun der weite Platz gefüllt. Auf den Terrassen und Balkons der Cafés drängten sich die Menschen um ein Plätzchen, an den Bürgersteigen auf allen Seiten hielten sich schier unüberwindliche Menschenmengen. In der Bellevuestraße hatten sich die Schüler des Wilhelm-Gymnasiums mit ihren Schulbänken aufgestellt, und aus den Fenstern der sonst so stillen Privathäuser sahen zahlreihe Menschen voller Erwartung auf das Schauspiel herab. Um 9 Uhr wurde der Wagenverkehr stiller; bald sammelte sich zu allen Seiten des Potsdamer Platzes eine dichtgedrängte Wagenburg. Auf den Verdecken der Omnibusse und Straßenbahnwagen entfiel ein lebensgefährliches Gedränge. Kurz vor Anfaßt des kaiserlichen Geladewagens, als ein dritterer Schußmann die Einfahrt des Sonderzuges auf dem Potsdamer Bahnhof den aufgestellten Schutzmannschaften überbrachte, bot der weite Potsdamer Platz ein Bild voll feierlicher Ruhe. Auf einmal aber kam Leben in die Menge. Aus der Rängergasse drang ein Braulen, erst leise, dann immer stärker. Bald tauchten die ersten Zietenkolonnen auf, dann brach ein förmlicher Orkan los, ein gewaltiges Säusen und Säuselwerk, als langsam, fast im Schritt, die kaiserliche Kavalkade vorüberfuhr. Die Prinzessinnen traut, höchst überfordert von den vielen Zeichen herzlicher Zuneigung, dankte unentwegt von den vielen lebenswürdigen Vätern, und immer wieder brach der Jubel los, als der glänzende Zug schon in die Bellevuestraße entschwinden war. Nur ein fernes Echo drang noch zu den Menschenmassen herüber, die sich jetzt langsam auflösten, um sich in die Bureaus und Geschäftshäuser zu begeben.

Konflikte beim Marine-Etat.

Sitzung der Budgetkommission.

In der Donnerstag-Sitzung der Budgetkommission wurde durch eine Mehrheit von Zentrum, Sozialdemokraten und Polen ein gemeinsames Beschlusses der Volkspartei eine Resolution beschlossen, die für das nächste

Jahr eine Vorlage auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit der Marineinfanterie und Matrosenartillerie fordert. Staatssekretär v. Tirpitz äußerte seine schwersten Bedenken gegen die Annahme dieser Resolution, im Interesse der Marine und der Landesverteidigung überhaupt. Es müsse an der dreijährigen Dienstzeit festgehalten werden, wenn die Durchführung der Aufgaben der Matrosenartillerie, die mit denen der Fußartillerie nicht verglichen werden können, nicht in bestmöglicher Weise beeinträchtigt werden sollen. Der Staatssekretär erwähnt Einzelheiten über die Tätigkeit der Matrosenartillerie bei der Wasserverteidigung unserer Häfen- und Küstenplätze. Er legt ferner auseinander, weshalb die Verhältnisse bei der Marineinfanterie gleichfalls eine Ablehnung der Resolution verlangen.

Die Fortschrittliche Volkspartei enthielt sich der Abstimmung über die Resolution mit Rücksicht auf das Kräfte in den Erklärungen des Staatssekretärs, das erst zu prüfen ist. Dagegen wurden vom Zentrum die Einwendungen der Verwaltung nicht hoch eingeschätzt in Erinnerung an die Vorgänge bei Verfüzung der Dienstzeit für das Landheer. Im übrigen würden, wie der Vertreter des Zentrums meinte, die Schwierigkeiten durch Organisationsänderungen behoben werden können, namentlich bei der Artillerie. Die Marineinfanterie sei zum Teil als Ordnungsmannschaften in Berlin und Tübingen. Der Staatssekretär bestritt indes diese Ausführungen.

Von national-liberaler Seite wurde als Konsequenz eines solchen Beschlusses eine Ausdehnung der Verfüzung der Dienstzeit auf die ganze Marine befürwortet, während doch die Verhältnisse bei unserer Seemehr ganz anders geartet seien als gegenüber dem Landheer. Das Zentrum erklärte, daß es die Uebertragung auf die ganze Marine ablehnen würde. Schließlich wurde die Resolution des Zentrums mit der oben-erwähnten Mehrheit angenommen.

Beim Titel Zulagen für Offiziere beantragte der Berichterstatter Fortfall der Zulagen für die oberen Chargen und dementsprechende Kürzung des Postens um 12 000 Mark. Der Staatssekretär begründete die Notwendigkeit der Zulage mit der außerordentlich hohen Zahl der unterstellten Offiziere und Beamten und den hieraus sich ergebenden Verpflichtungen. Der Etatsrechnungsausschuß wurde indes abgelehnt.

Beim Titel „Auslandszulagen“ bewogte der Berichterstatter die Notwendigkeit eines Marineetatbeschlusses in Buenos Aires. Der Staatssekretär gab Aufklärung darüber; ein Marineetatbeschlusses für die südamerikanischen Staaten sei ein Wunsch des auswärtigen Amtes. Von national-liberaler Seite wird der Posten mit Rücksicht auf die Beschäftigung unserer Werften verteidigt, woran gerade das Reich Interesse habe. Der Staatssekretär betonte weiter die militärische Bedeutung dieser Stellen. Ein Sozialdemokrat ist prinzipiell dagegen, wie er erklärt, aus deutsch-patriotischem Interesse, um das stetig wachsende Betrüßten zu beschneiden. Die Abstimmung wurde vertagt, am erst die Meinung des auswärtigen Amtes zu hören.

Beim Kapitel „Indienststellungen“ beantragte der Berichterstatter, daß die Zulagen (Zafel- und Messinggelber) nur bezahlt werden „für die Tage der dauernden Abwesenheit bei Fahrten auf hoher See“. Er bittet um Aufstellungen über die Höhe der danach zu streichenden Kosten. Staatssekretär v. Tirpitz gab hierzu folgende Erklärung ab:

„Ich glaube, es ist niemand in dieser hohen Kommission, der sich nicht ganz klar darüber ist, daß ich an dem Tage, an dem dieser Antrag Geleg wird, aufhören werde, Staatssekretär des Reichsmarineamtes zu sein. Ich halte diesen Antrag für gänzlich unbedenklich. Freie Verpflegung für Offiziere und Mannschaften in See und im Hafen ist unerläßliche Vorbedingung für einen geregelten und deutschen Marinebetrieb und in allen fremden Marinen ist freie Verpflegung vorhanden. Mehr habe ich in dieser Angelegenheit nicht zu sagen.“

Freitag ist weiterberaten, dann sollen auch die Bestimmungen über die Weggeber und Aufstellungen über die petunäre Wirkung gegeben werden.

Der Balkankrieg.

Der Widerspruch zwischen den türkischen und bulgarischen Nachrichten über den Verlauf der militärischen Operationen dauert an. Die Türken „vernichten“ ihre Gegner, schlagen sie in die Flucht, bringen ihnen „große Verluste“ bei, während die Bulgaren den Feind immer „in voller Devoute“ und „panikartig“ das Schlachtfeld räumen lassen und keine Toien gleich nach Tausenden bestirnen. Ein ungeklärtes Schweigen ist indes auf türkischer Seite in dem fortschreitenden Bestreben zu erkennen, die Mächte für eine neue Vermittlungssaktion zu gewinnen.

Die Vermittlungswünsche der Porte.

Nach einer Konstantinopeler Meldung hat die Porte an ihre Botschafter eine Zirkularnote gelangt mit der Aufforderung, sie sollten, da die letzte Antwortnote der Porte für geeignet befunden sei, die Grundlage für weitere Friedensverhandlungen zu bilden, in diesem Sinne die Mächte sondieren. Die Zirkularnote ist im Sinne der neuesten Erklärungen des Großveziers gehalten. Es handelt sich bei diesem Schritt der Türkei weniger um eine Zirkularnote als um eine Mitteilung, die der türkische Botschafter in London dem Minister des auswärtigen Str Edward Grey im Auftrag seiner Regierung gemacht und die dieser der Botschafter-Verammlung übermittelt hat. Da sich diese Mit-

teilung aber nur im Rahmen der von der Spitze auf die Schiffsleute gegebenen Antwort bewegte und somit keine Geschäftsfrage enthielt, die geeignet gewesen wären, eine neue Grundlage für die Friedensverhandlungen abzugeben, sollen die Vertreter der Seemächte zu einer vermittelnden Tätigkeit seine Verantwortung gefunden haben. Man erwartet daher, daß die Ziele neuer Vorschläge unterbreiten wird, die den Beginn von Verhandlungen ermöglichen.

#### Der Rückzug der Bulgaren an der Thrakialinie.

Bei Tschataldsha soll, wie aus Konstantinopel gemeldet wird, der Rückzug der Bulgaren fortwähren. Das Gros der bulgarischen Armee scheint bereits auf der Linie Sineli-Thorlu-Murabit (S 2 3 4) eingetroffen zu sein. Die noch genötigten der Frontlinie und dem Maratarmeer westlichen Truppenfronten werden langsam auf diese Linie zurückgezogen. Die Bulgaren sollen bei der Ergreifung der Dschezir-Ergene Besetzungen anlegen. Fortgesetzt treffen in Konstantinopel aus verschiedenen Kamp-

gebieten vereinigte bulgarische Kriegesangehörige ein, die in der Gelimischlerne bei Sturati interniert werden. Ueber die angeblichen Kämpfe bei Midia sind widersprechende, einflussreiche unkontrollierbare Gerüchte verbreitet. Der 'Tanin' appelliert mit dem Hinweis auf die Opferfreudigkeit armer Anatolier an den Patriotismus der reichen Türken in der Hauptstadt. Die Kriegslage auf Gallipoli hat sich seit vorgehen, soweit hier bekannt, nicht wesentlich verändert. Die 'Turque' will wissen, daß die Türken Dienstadt abgeben, falls die Kriegslage sich nicht ändert. Die Garnison von Verrinos hat nach neudringender Meldung die westlich der Stadt liegenden Gerden aufs Korn genommen

den Russen hatten besichtigt, Ende Februar in einem Kontingente von Vertretern sämtlicher russischer akademischer Vereine und gelehrten des Deutschen Reiches gegen den Vorwurf zu protestieren, daß sie eine geringere Vorbildung als die deutschen Studenten hätten. Der zur Zusammenberufung des Kongresses in Petersburg eingeleitete Ausbruch hatte sich an die Spitze des Reiches gewandt. Diese hatte auch den Kongress genötigt, allerdings unter der Bedingung, daß die Beratungen in deutscher Sprache geführt würden. Darauf hat der Ausbruch erklärt nicht eingehen zu können, und von der Einberufung des Kongresses wurde infolge dessen Abstand genommen.

### Hof- und Personalmeldungen.

Der Kaiser hörte Donnerstag vormittag im königlichen Schloß zu Berlin den Vortrag des Chefs des Militärstabes General der Infanterie Freiherrn von Lindner

## Deutsches Reich.

### Die russischen Studenten in Deutschland.

Die an den deutschen Universitäten und Hochschulen studierenden

### Mb. Preussischer Landtag.

#### Abgeordnetenhaus.

(21. Sitzung, Donnerstag, 13. Februar.)  
Am Ministertisch: v. Weitzsäcker.  
Präsident Graf v. Schwerin-Löwis eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. mit der Verlesung der Danziger Gedenksprüche an die Gedenkfeier des Hauses anlässlich der Verlobung im Kaiserpaule.

#### Der Einfluß der Bauverwaltung.

(Stierler Zug.)  
Die Einzelberatung wird fortgesetzt.  
Abg. Frhr. v. Mallesch (Kons.):  
fordert, bei dem Ausbau der Werke von Köpenick bis Bremen, hierfür 800 000 Mark als erste Rate eingestellt sind, den Staat Bremen mit zu den Kosten heranzuziehen.

#### Abg. Hausmann (Nat.).

Mittelt die Interessen der Stadt Hameln hierbei mehr in Mächtig zu geben.

#### Abg. v. Rappenheim (Kons.).

Die Fortführung der Reinkonfessionierung oberhalb Offenbach ist von großer Bedeutung, aber es fragt sich, ob wir sie in Angriff nehmen, oder nicht die Frage der Schiffahrtssachen gelöst ist. Wir haben hier ein kleines Geschäft auf Holland, denn es hat an der Reinkonfessionierung ein großes Interesse wegen seines großen Verkehrs mit Frankreich. Wie stimmen der Reinkonfessionierung zu, erklären aber, daß wir unter dem Vorbehalt, eine weitere Berücksichtigung der Schiffahrtssachen gelöst und der Wettbewerb Holland begünstigt ist. Die Schäden der Reinkonfessionierung nehmen fortgesetzt zu. Wir verlangen hier eine reichsrechtliche Regelung dieser Sache. Jedemfalls müssen wir bei der Reinkonfessionierung hierüber eine Verhandlung mit Holland führen.

#### Abg. Fleisch (Kons.).

tritt gleichfalls für eine sofortige Inangriffnahme der Reinkonfessionierung ein und bezieht sich auf den notwendigen vollständigen Ausbau der Reinkonfessionierung auf dem Gebiet des Reiches gegenüber der Schweiz. Wenn wir den Bahnverkehr lassen, werden wir uns eigene Reinkonfessionierung machen. Nach weiterer Debatte wird der Kommissionsantrag angenommen.

#### Abg. Schmitt (Nat.).

erkennt die Notwendigkeit des Reinkonfessionierung ein, der in nächsten Jahre auch begonnen werden soll.

#### Abg. Dr. Kösting (Nat.).

lehnt es ab, mit der Reinkonfessionierung einen Druck auf Holland in der Frage der Schiffahrtssachen auszuüben. Nichts kann die Schiffahrtssachen unpopulärer machen als derartige Drohungen Holland gegenüber. (Zustimmung.) Wenn wir den Bahnverkehr lassen, werden wir uns eigene Reinkonfessionierung machen. Nach weiterer Debatte wird der Kommissionsantrag angenommen.

#### Abg. Busch (Kons.).

beruht freudig die Einführung der ersten Rate von 500 000 Mark für den Bundesweg zur Erweiterung des Fischereihafen in Weesemünde, sowie die Mittel für Herstellung neuer Wehr- und Abwehranlagen am Fischereihafen von Weesemünde, die sich wesentlich die dengebotene Notwendigkeit, denn der Verkehr nimmt dort ständig in hohem Maße zu.

#### Abg. Dr. Rüchtinger (Nat.).

Die Verlängerung des Bundesweges am Nordstrand der Insel Rügen soll jetzt in Angriff genommen werden. Dadurch erhält Rügen eine schöne neue Strandpromenade und die Gefahren der Sturmflut werden beseitigt.

#### Der Neubau des Opernhauses in Berlin.

Die Verhandlung wendet sich dem Neubau des Berliner Opernhause zu. Der Entwurf ist von der Reinkonfessionierung 100 000 Mark. Die Kommission beantragt Bewilligung unter folgenden Bedingungen: 1. Bei der Aufstellung des ausführlichen Entwurfs sind die Ergebnisse aus allen in diesem neuen Entwurfsentwürfen für ein königliches Opernhaus, insbesondere diejenigen Abschnitte zu berücksichtigen, welche in dem Entwurf der Reinkonfessionierung vom 28. November 1912 durch namentliche Hervorhebung der Reinkonfessionierung als bemerkenswerte gekennzeichnet sind. Das Haus entspricht der königlichen Staatsregierung, bei der Aufstellung des Entwurfs einen freien Künstler zur Mitarbeit heranzuziehen. 2. Die königliche Staatsregierung wolle darauf Bedacht nehmen, daß für die künftige Gestaltung des Königstheaterplatzes ein allgemeiner Wettbewerb der Reinkonfessionierung ausgesprochen werde.

#### Abg. Frhr. v. Mallesch (Kons.).

Ueber die Verhandlungen der Budgetkommission zur Opernangelegenheit sind in der Presse in den letzten Tagen Erörterungen erschienen, die das falsche Vorverständnis zeigen. Die Kommission hat sich gut über die Verhandlungen geäußert, daß sie nicht anders als sich für eine in der Lage befindet, die Sache zu klären. Am ersten Wettbewerb hat sich die große Mehrzahl der deutschen Künstler und unter ihnen sehr bedeutende Männer beteiligt, und es wäre auch nicht wesentlich anderes erklärt worden, wenn wir noch einmal um die gesamte Reinkonfessionierung gebittet hätten. (Sehr richtig.) Gegenüber haben wir uns hinsichtlich der Platzfrage für einen allgemeinen Wettbewerb ausgesprochen. In der Presse ist nun die Ansicht geäußert worden, daß unter diesen Wettbewerbern über die Platzfrage aus der architektonischen Gestaltung des Opernhause nicht fällt. Das ist nicht richtig, denn die Platzfrage ist die wichtigste Sache, die wir hier zu entscheiden haben. Das Haus für den Opernhause ist in der Lage der städtischen Plätze zu bauen, auf der das alte Opernhaus steht. Es wird daher zu prüfen sein, ob es möglich ist, dieses Haus zu erhalten und in dem Falle des Abbaus einen neuen Platz zu bauen. Bei der Platzfrage werden sehr verschiedene Ansichten geäußert, die wichtig sind.

Wir werden im nächsten Jahr darüber Näheres hören und auch darüber, ob es möglich ist, den Königstheaterplatz an eine Unternehmung abzugeben. Gerade die Preise, die man hier bezahlen muß, sind sehr hoch. Gerade die Preise, die man hier bezahlen muß, sind sehr hoch. Gerade die Preise, die man hier bezahlen muß, sind sehr hoch.

Empfehlung an die Adresse der Regierung, bei der Aufstellung des Entwurfs einen freien Künstler zur Mitarbeit heranzuziehen. Außerdem muß es in den Absichten stehen, als ob dadurch der Neubau den persönlichen Charakter des Künstlers, aus dessen Geiste er hervorgeht, verlieren würde. Das aber haben wir nicht gewollt. Auch der Vorschlag der Reinkonfessionierung, das Haus in der Weise zu bauen, die die Reinkonfessionierung vorschlug, ist nicht abgelehnt worden. Die Reinkonfessionierung hat die Reinkonfessionierung vorschlug, ist nicht abgelehnt worden. Die Reinkonfessionierung hat die Reinkonfessionierung vorschlug, ist nicht abgelehnt worden.

Mit der Bewilligung der 100 000 Mark für die weiteren Vorarbeiten ist nicht gesagt, daß wir im nächsten Jahr unter allen Umständen die erste Rate bewilligen müssen. Wir werden dann vielmehr erst zugeben prüfen, ob der Bauentwurf, geschaffen durch das Zusammenarbeiten des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten und des freien Künstlers, unseren Ansprüchen genügt. Wir wünschen auch, daß das alte Opernhaus am Platz der Reinkonfessionierung ein Platz sein möge, und wir waren erfreut über die entgegenkommene Erklärung in der Kommission, die uns ein der Stadt Berlin nachstehender Abgeordneter gab, und aus der hervorging, daß auch die Stadt Berlin sich zum Ankauf des alten Opernhause nicht beirätigt. (Sehr richtig.) Genauso ist es mit dem deutschen Reich eine Stelle zu geben, an der es sich erheben kann von materiellen Dingen des Tages zu den lächlichen Dingen der Kunst. (Beifall.)

#### Abg. Rosenow (Nat.).

Meine Freunde haben sich in allen Stadien der Verhandlungen über den Neubau des Opernhause beteiligt, haben die Mittel zum Ankauf von Grundstücken und für die Vorarbeiten bewilligt. Sie wollen sich auch weiter daran beteiligen. Dem aufstrebenden Volkstum des Reiches haben wir zugestimmt und bebauen die Reinkonfessionierung, weil die deutsche Reinkonfessionierung Gelegenheit haben sollte, sich hieran zu beteiligen. Ich fühle mich deshalb verpflichtet, mich an dem Bau zu beteiligen. Das waren wir bei der deutschen Reinkonfessionierung bei einem Gebäude, das mehr als irgend ein anderes die Ehre der deutschen Reinkonfessionierung war, das die Ehre der deutschen Reinkonfessionierung war, das die Ehre der deutschen Reinkonfessionierung war.

Es muß der deutschen Reinkonfessionierung ausgesprochen werden, daß es auf allen Seiten und Entwürfen baufähiger, an der Erde die Reinkonfessionierung zu entnehmen sind. Die 100 000 Mark werden sich im Laufe der weiteren Verhandlungen, wenn wir sie billigen, wie wir werden auch, daß der deutsche Reinkonfessionierung die großen Arbeiten, die sie der königlichen Staatsregierung und dem Lande und dem Ansehen der deutschen Reinkonfessionierung geleistet haben, nun auch soweit eingestrichen werden, daß ein freier deutscher Künstler unabhängig von der Regierung seinen Entwurf einbringen kann. Die Regierung hat zugestimmt, daß dieser Mann ein hervorragender Künstler sein soll. Wir hoffen, daß dieser Künstler sich mit seinen Bedenken gegenüber etwaigen Wünschen der Bauverwaltung auseinandersetzen wird und nicht nur nebensächlich sein wird. Wir hoffen, daß dieser Künstler sich mit seinen Bedenken gegenüber etwaigen Wünschen der Bauverwaltung auseinandersetzen wird und nicht nur nebensächlich sein wird.

Die Anordnung und Zahl der Ränge, die Feuerfestigkeit des Gebäudes, die Anordnung der Höfe, der Gänge zum Parterre und an den königlichen Räumen, Uebernahme der für den Hof vorzunehmenden Reparaturen, alle diese Dinge werden wir zusammen mit der Frage der äußeren Ausgestaltung des Gebäudes, das wir hoffen, daß alle Anordnungen, welche draußen von der Reinkonfessionierung und hier im Hause gegeben sind, beim endgültigen Entwurf berücksichtigt werden. Ueber die Platzfrage ist schon viel gesprochen worden. Am besten lasse das Opernhaus in der Reichsstadt aufgestellt werden an einem zentralen Punkte. Aber man muß doch bedenken, daß es fraglich ist, wenn allein für den Entwurf des Grund und Mauerwerks 40 oder 50 Millionen Mark aufgewendet werden sollen, ob Abgeordnetenhaus und Regierung eine solche Summe leisten können. Die Platzfrage ist eine Frage, die wir zusammen mit der Frage der äußeren Ausgestaltung des Gebäudes, das wir hoffen, daß alle Anordnungen, welche draußen von der Reinkonfessionierung und hier im Hause gegeben sind, beim endgültigen Entwurf berücksichtigt werden. Ueber die Platzfrage ist schon viel gesprochen worden.

Das Opernhaus, das Opernhaus nicht an den Königstheaterplatz, sondern an der Reichsstadt, das Opernhaus nicht an den Königstheaterplatz, sondern an der Reichsstadt, das Opernhaus nicht an den Königstheaterplatz, sondern an der Reichsstadt.

Wir werden im nächsten Jahr darüber Näheres hören und auch darüber, ob es möglich ist, den Königstheaterplatz an eine Unternehmung abzugeben. Gerade die Preise, die man hier bezahlen muß, sind sehr hoch. Gerade die Preise, die man hier bezahlen muß, sind sehr hoch.

willig auf die Vorschläge der Regierung einzugehen bei der Art der Verhandlung, welche Berlin auf sehr vielen Gebieten, bei Verkehrsfragen, bei der Eingemeindung und Verlehnung, bei den Streitigkeiten über die Reinkonfessionierung, bei den Streitigkeiten über die Reinkonfessionierung, bei den Streitigkeiten über die Reinkonfessionierung.

Was den alten Opernhause anlangt, so ist es richtig, daß zwischen dem vorhergehenden Theaterbau und der Regierung unerbittliche Verhandlungen geführt werden. Was den alten Opernhause anlangt, so ist es richtig, daß zwischen dem vorhergehenden Theaterbau und der Regierung unerbittliche Verhandlungen geführt werden.

#### Abg. Gierke (Kons.).

Das Abgeordnetenhaus hat vor einer schweren Entscheidung. Während es sonst in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung die erste Autorität im Lande ist, ist es bei der Entscheidung über die Frage seiner Autorität und muß sich bei seinem Urteil auf Sachverständige stützen. Eine große Aufgabe, wie der Opernhause, ist in jedem Jahrhundert nur einmal vorzukommen, kann nur einmal gemacht werden, um ein Beispiel zu geben, daß der Reichstag und auch die Reinkonfessionierung diese Aufgabe wahrnehmen. Das Opernhaus ist ein Beispiel, das der Reichstag und auch die Reinkonfessionierung diese Aufgabe wahrnehmen.

#### Abg. v. Willow-Somburg (Nat.).

Wir haben leider keinen Entwurf bekommen, denn man kann sagen: Dieser muß ausgeführt werden! Trotzdem sind die rühmlichen Leistungen zu Tage getreten, wenn sie sich auch vornehmlich auf die innere Gestaltung beziehen. Wenn es zu einem Entwurf kommen sollte, würde man sich ein Urteil über den Bauentwurf bilden können. Wir hoffen, daß der Entwurf ein Beispiel sein wird, das der Reichstag und auch die Reinkonfessionierung diese Aufgabe wahrnehmen.

#### Abg. Borker (Freisinnl.).

Wir hoffen auf die Bewilligung zu.

#### Abg. Dr. Siebensch (Soz.).

Die Aufgaben, die mit dem Opernhause gestellt sind, sind schwierig und zum Teil unpopulär. Das Haus soll den technischen und baulich-ökonomischen und zugleich den künstlerischen Anforderungen genügen. Ein weiterer Wettbewerb besteht darin: daß das Opernhaus ein Hoftheater und dann zugleich in gewissem Sinne ein Volkstheater sein soll. Der Hof soll nicht mehr allein das Theater füllen und auch nicht mehr die alleinige Wirkung durch die Reinkonfessionierung haben. Die künstlerische Wirkung wird durch die Reinkonfessionierung große Höhe des Bühnenbaus sehr erhöht. Der ganzen künstlerischen Gestaltung des Opernhause ist durch den Lebergangsschachter unter der Reinkonfessionierung ein unangenehmiger Einfluss gestellt. Lediglich der Hof soll nicht mehr allein das Theater füllen und auch nicht mehr die alleinige Wirkung durch die Reinkonfessionierung haben. Die künstlerische Wirkung wird durch die Reinkonfessionierung große Höhe des Bühnenbaus sehr erhöht.

#### Abg. Cassel (Nat.).

Die Stadt Berlin ist immer bereit, Opfer für das Opernhaus zu bringen, aber das muß doch in Verbindung stehen mit unserm Gemeinwohl. Die anderen Gemeinden, die sich für das Opernhaus interessieren, müssen dann auch Opfer bringen. Wir werden vor allem das Interesse tun, was geeignet ist, den Verkehr nach dem Opernhause zu erleichtern. Wenn der Versuch des Opernhause auch der dritten Klasse zugänglich gemacht würde, könnten noch weitere Opfer gebracht werden. Aber wir können nicht unter Opfer stehen, wenn man uns unter Opfer stehen läßt. Wir werden alle Opfer bringen, die wir als Reichsstadt beibringen können. Darüber hinaus aber kann und nicht zugemutet werden.

Die Besprechung schließt. Der Antrag und die Resolution der Kommission werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.





# Die Fleischnot vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat.

III.  
S. u. H. Berlin, 13. Febr. 1913.

Die Tagesordnung der heutigen dritten Sitzung des Deutschen Landwirtschaftsrats hatte besonders zahlreiche Interessenten aus verschiedenen Berufsorganisationen auf die Tribüne geführt, da das aktuelle Thema der Fleischnot zur Beratung stand. Die Referenten v. Stockhausen (Berlin) und Oberbürgermeister Wagner (Münch.) behandelten die Frage unter dem Thema: „Die Organisation der deutschen Fleischversorgung“ und legten gemeinsam folgenden

### Antrag

1. Die Bildung und gegebenenfalls der Ausbau von Viehzuchtvereinen und Vieherwerntungsgenossenschaften ist zu empfehlen.
  2. Diese Organisationen sind dadurch zu ergänzen, daß an den Hauptmüllplätzen für das Schlachtfleisch Stellen geschaffen werden, welche den Verkauf des Viehes der ihnen angeschlossen Genossenschaften und Einzelpersonen an die Schlächter übernehmen.
  3. Zur Sicherstellung einer gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch sowie zur Gewinnung einer gewissen Stetigkeit der Vieh- und Fleischpreise sind außerdem feste langfristige Lieferungsverträge anzustreben, durch welche ein angemessener Prozentsatz der Gesamterlöse der Produktion an den Produzenten zu mittleren Preisen zur Verfügung gestellt wird.
  4. Als Abnehmer der Genossenschaften kommen vor allem öffentliche Gemeinwesen in Betracht, deren Bewohner unter einer Fleischsteuerung am meisten zu leiden haben.
  5. Gegen das Risiko fälscheren Sinkens der Fleischpreise während der Vertragsdauer können sich die Vieh- oder Fleischabnehmer durch Annullierung von Rücklagen in Zeiten hoher Konjunktur sichern.
  6. Der Vertrieb des von den Kommunen bezogenen Viehes oder Fleisches soll, wenn immer möglich, durch das ansässige Fleischergewerbe erfolgen, für das gleichfalls eine genossenschaftliche Organisation zu genanntem Zwecke angesetzt erscheint. Durch ein solches Verfahren werden die Fleischer nicht nur ihren wirtschaftlichen Nachteile erleiden, vielmehr würden sie aus demselben ganz erhebliche Vermögensvorteile ziehen.
  7. Eine Schädigung des mit den Genossenschaften gleichberechtigten Handels ist um so weniger zu befürchten, als es sich zunächst nur um eine Weiterproduktion von Vieh gegen bisherige handelt und im übrigen auch mit ihm eine Geschäftsverbindung der Abnehmer fest entwirrt wird.
- Honor. der erste Referent das Wort nahm, teilte Graf Schwerin-Beritz folgendes

### Antworttelegramm des Kaisers

mit: „Dem Deutschen Landwirtschaftsrat sage ich meinen herzlichsten Dank für die im Namen der deutschen Landwirtschaft dargebrachten freundlichen Glückwünsche zur Verlobung meiner Tochter, ge. Wilhelm I. R.“

Der Referent Landesökonomierat v. Stockhausen (Berlin) führte zu obigem Thema aus: Der deutschen Landwirtschaft sind von verschiedenen Seiten Vorwürfe gemacht worden in der Richtung, daß sie lediglich aus egoistischen Motiven das Fleisch verteuere und keine Maßnahmen gegen die Teuerung zuerkennen würde. Die deutsche Landwirtschaft wird in ihrer Stellungnahme getragen lediglich von dem Gedanken, das Vaterland vom Auslande unabhängig zu machen und zu erhalten. Die vorjährige Fleischknappheit hat auch wiederum zu Ermüdungen geführt, wie die Viehschlachtungen zu zeigen ist. Die deutsche Landwirtschaft hat erklärt, daß sie lediglich ein Interesse an der Stetigkeit der Preise habe. Sie hat sich gegen bereit erklärt, an den Ermüdungen teilzunehmen, die als enormen Preiswankungen aus der Welt geschafft werden können. Wir wissen alle ganz genau, daß die Landwirtschaft an den hohen Preisen des letzten Winters keine Schuld trägt. Es müßten die bestehenden Organisationen ausgebaut werden. Es müßten z. B. an den Hauptverkaufsstellen Stellen geschaffen werden, die den Verkauf des Viehes der angeschlossenen Genossenschaften und Einzelpersonen an die Schlächter übernehmen. Es war ein bunteswertes Unternehmen der Vieherwerntungsgenossenschaften, den Kommunalverwaltungen im vorigen Winter langfristige Verträge über Fleischlieferung anzubieten. Diese Verträge wurden aber von den Kommunalverwaltungen abgelehnt, weil sie zu hohe Preise festsetzten, indem sie den Durchschnitt der letzten fünf Jahre für den Normalpreis zugrunde legten. Die Stadtverwaltungen erklärten, daß bei dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre auch das vergangene Jahr, das ungewöhnlich hohe Preise habe, mit berücksichtigt sei, man könne aber bei Aufstellung eines Durchschnitts anormale Verhältnisse nicht berücksichtigen. Es ist wahrlich eine große Zumutung, in Zeiten hoher Konjunktur von den Produzenten zu erwarten, zu billigeren Preisen als auf längere Zeit zu binden, nur weil ihnen die Möglichkeit geboten wird, auch in Zeiten vielleicht tombender schlechterer Konjunktur zu gleichen Preisen zu verkaufen. So stellt sich die Stellungnahme der Stadtverwaltungen lediglich als eine Ausflucht dar, die nur dazu dienen sollte, sie vor den derzeitigen Verträgen zu bewahren. Wenn die Stadtverwaltungen den Verzicht gemacht hätten, Fleisch im Inlande zu kaufen, nicht nur im Auslande, so hätten sie wahrscheinlich das Fleisch auch zu billigeren Preisen abgeben können. Die Stadtverwaltungen haben es aber vorgezogen, unter Beteiligung überaus großer Mittel lediglich ausländisches Fleisch zu beziehen. Die Stadtverwaltungen haben dann weiter die Verträge abgelehnt, weil sie sich angeblickt auf eine zu lange Frist bezogen hätten. Wenn die Verhandlungen der deutschen Landwirtschaft mit den Städten zu keinem Ziel geführt haben, so liegt das an dem mangelnden Verbindnis der Städte für die Landwirtschaft, und die Städte haben sich das selbst zu schulden. Das bemittelt gleichgültig, was man auf das ganze Gezeir über Fleischsteuerung zu geben hat. Die Landwirtschaft produziert ja billig sie kann, wenn aber der Erlös unter die aufgewendeten Kosten fällt, dann kann sie eben nicht mehr produzieren. Gerade so gut wie in England das Schlachtfleisch eine Handelsware ist, so wird das auch bei uns möglich werden. Es wird aber auch möglich sein, daß die Fleischer sich ebenfalls organisieren wie die Landwirtschaft. Die Landwirtschaft acht das eigentlich nicht an, sie hat meines Erachtens lediglich dafür zu sorgen, daß das nötige Fleisch produziert und unter Vermeidung aller unnötigen Kosten an den Markt gebracht wird, alles andere ist Sache der Stadtverwaltungen und des Fleischergewerbes. Die Landwirtschaft hat ihre Schuldigkeit getan und ich bin

überzeugt, daß sie sie auch in Zukunft tun wird. (Beifall)

Der Korrespondent Oberbürgermeister Wagner (Münch.) ging von der Forderung aus, daß die gegenwärtigen Verhältnisse es dringend geboten erscheinen lassen, die deutschen Vieh- und Fleischmarktverhältnisse nachhaltig zu verbessern. Das fordere die Vermehrung des deutschen Volkes, seine geistigere Lebenshaltung und das damit im Zusammenhang liehende fortgesetzte Wachstum des Fleischbedarfs im Reiche, andererseits aber auch der Rückgang der Viehproduktion in einzelnen deutschen Staaten. So sei z. B. nach der Viehviehzählung vom 2. Dezember 1912 in Bayern beim Rindvieh gegen die Zählung von 1907 ein Rückgang von 4,6 Proz., bei Schweinen um 11,9 Proz. und gegenüber der Viehzählung von 1910 bei Schweinen sogar ein Rückgang um 19 Proz., in Württemberg beim Rindvieh um 1 Proz., bei den Schweinen aber um 10,5 Proz. zu konstatieren gewesen. Eine solche Verbesse rung löst sich insbesondere durch eine Erhöhung des Betriebsfortschritts der einheimischen Landwirtschaft erreichen, der bei der Verbesserung der landwirtschaftlichen Gütererzeugung eine gewisse Stetigkeit der Viehpreise zur Voraussetzung hat. — Diese Stetigkeit läßt sich dadurch bewirken, daß die deutsche Landwirtschaft wenigstens für einen ansehnlichen Teil ihrer Produktion ständig Abnehmer gewinnt. — Zur Stärkung ihrer Leistungsfähigkeit empfiehlt sich die Bildung bzw. Ausgestaltung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. — Als solche Abnehmer kommen vor allem die Städte in Betracht, deren Bewohner unter einer Fleischsteuerung am meisten zu leiden haben. Auch Vereinigungen von Städten für die Viehabnahme werden in Frage kommen. Langfristige Verträge der Städte mit leistungs- und garantiefähigen Genossenschaften sind bei Zugrundelegung der Durchschnittspreise längerer Zeiträume (womit im Interesse der Konsumenten als der Produzenten gelegen. Gegen stärkeres Sinken der Fleischpreise während der Vertragsdauer können sich die Städte durch

Annullierung von Rücklagen in Zeiten steigender Konjunktur sichern. Der Vertrieb des von den Städten bezogenen Viehes oder Fleisches soll, wenn immer möglich, durch die ansässigen Fleischer erfolgen, welche durch ein solches Verfahren nicht nur keinen wirtschaftlichen Nachteile erleiden, sondern aus demselben ganz erhebliche Vermögensvorteile ziehen. Ein Einfluß der Stadtverwaltungen auf Festsetzung der Preise für das von ihnen vermittelte Fleisch muß erwacht sein. Eine Schädigung der Viehhändler tritt jedenfalls solange nicht ein, als es sich nur um eine Weiterproduktion von Vieh gegen bisher handelt. Um übrigens erscheint eine Geschäftsverbindung der Städte bzw. Städtevereinigungen mit Viehhändlern oder Verbänden von solchen recht wohl denkbar. (Beifall.)

An der Diskussion nahm zunächst der bayerische Ministerialrat v. Braun (Münch.) das Wort: Wenn behauptet worden ist, daß die Übernahme der Fleischversorgung der Städte ein Schritt zum sozialistischen Zukunftsstaat sei, so ist das durchaus falsch. Was ist nicht schon alles von den Städten organisiert worden, ohne daß der Deszendenten ein Schaden ermaßnen wäre, wir haben im Gegenteil Nutzen davon gehabt.

## Kunst und Wissenschaft.

### Hochschulnachrichten.

In Prag ist der ehemalige langjährige Reichsrats- und Landtagsabgeordnete Professor der darstellenden Geometrie an der dortigen böhmischen Technischen Hochschule Franz Tischer am 8. Februar gestorben. Er war ursprünglicher Genossenschaftler. — Vom hiesigen Institut der Universität Bonn ist die parafisiologische Abteilung als parafisiologisches Laboratorium abgetrennt worden. Prof. Dr. G. Grün Maria zur Linden ist zur Vorleserin des Laboratoriums ernannt worden.

## Vermischtes.

### Eine kleine Geschichte von der Prinzessin Viktoria.

Bei Gelegenheit der Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise ist es vielleicht am Platze, einer kleinen Episode aus deren Jugend zu gedenken, die sich nicht während eines Sommeraufenthaltes der Kaiserin mit den beiden jüngsten Kaiserkindern in Coblenz abspielte. Bekanntlich gemessen die kaiserlichen Kinder in Coblenz die möglichste Freiheit und spielten in Garten und Hof umher, wie die Kinder irgend eines bürgerlichen Beamten. So waren Prinzessin und Prinz Joachim auch einmal in den an die Kreischaussee grenzenden Schmelnhalt geraten und bald darauf fürchten beide, jedes an einer Hand einen Korb festhalten, jubelnd heraus, und Prinzessen rief laut: „Das muß Mama sein, das muß Mama sein, das ist ja nicht!“ — Was war aber in dem Korb? 2 kleine, rote, wohl eben noch besonders abgepönte — Ferkelchen!

## Öffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Jüterbog, Donnerstag, 13. Februar, 8 Uhr morgens.

**Witterungsbericht für den 14. Februar:**  
Das Hoch hat seine alte Lage behalten und sich nur unbedeutend abgeflacht; Aufheiterung ist deshalb noch nicht erfolgt. Die gegenwärtig herrschende Neigung zu Niederschlagsbildung zeigt auch im Hochdruck fleckenweise geringen Regen.

**Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.**  
Schwache Luftbewegung, meist trübe, ganz geringer Regen, ziemlich heiter.

## Wetterwarte zu Hamburg.

Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes. (Nachdruck verboten.)

13. Februar: Mein heiter, tags angenehm, früh Frost.  
14. Februar: Wolke mit Sonnenschein, im Ausl. herum.  
15. Februar: tags milde, früh Frost, meist heiter, Nebel.  
16. Februar: Bewölkt, meist regnig, vielfach Nebel.  
17. Februar: Nebel, bedeckt, teuchtsch, Frost.

## Briefkasten.

**E. A. 2.** Versuchen Sie es mal mit einer Annonce. Staatsangehörigkeit. Sie behalten neben der preußischen auch die bayerische Staatsangehörigkeit.  
**M. A. Mansfeld.** Seien Sie so freundlich uns über den Tatbestand genauer aufzuklären.  
**Gertrud 2001.** Ein derzeitiger Betrag ist ohne Mitwirkung einer Antisepsion rechtsgültig. Mietverträge bedürfen des Mietsstempels.

# Letzte Depeschen.

## Die Revolution in Mexiko.

### Nachlage der Ausländer.

**Paredo, 13. Febr.** Ein aus der Stadt Merito hier ein getroffener Weisender berichtet, daß viele Ausländer in Mexiko festhalten, da die Banken schon seit Sommer geschlossen sind. Viele von diesen Ausländern seien ohne Wohnung und Obdach. Die Eisenbahnbeamten läßen ohne was in ihren Krädchen steht, um wenigstens für die Frauen und Kinder Obdach zu schaffen.

**Guatemala, 13. Febr.** Die kubanische Regierung hat den Kreuzer „Kuba“ mit Infanterie und Artillerie an Bord nach Mexiko geschickt, um dort die Kubaner zu fischen.

**Paredo, 13. Febr.** Die Insurgenten sollen den Bahnhof der mexikanischen Nationalbahn im Mittelpunkt der Stadt Merito niedergebrannt haben. Der Schaden soll 400 000 Dollars betragen.

**Berlin, 13. Febr.** Nach einer Meldung des deutschen Gesandten in Mexiko sind bei den Kämpfen in der Hauptstadt keine Verluste an deutschem Leben zu beklagen.

## Nom Balkankrieg.

### Die Expedition Enver Beis.

**Konstantinopel, 13. Febr.** Man setzt großes Vertrauen auf die Expedition Enver Beis, der 60 000 Mann beschickt. Er ist ihm gelungen, in Eregli unter dem Geheißigen der Flotte zu landen. Die Bulgaren haben sich allenthalben zurückgezogen und Enver Beis marschiert gegen die Tigha indische Linie hinter dem Rücken der Bulgaren.

### Angebliche Christenmassaker durch die Türken.

**Sofia, 13. Febr.** Bei Tschataldja haben gestern vereinigte Scharmützen zwischen türkischen und bulgarischen Vorkämpfern getötet. Auf Gallipoli besiegte der Feind die Stellung bei Bulair, ohne irgend eine Feindseligkeit zu unternehmen. Bei ihrem Rückzug nach der benachteiligten Landung von Schara haben die Türken 150 eingeborene Christen niedergemetzelt und verstümmelt, teilz Frauen und Kinder.

### Deportierung von Griechen und Bulgaren.

**Konstantinopel, 13. Febr.** Zahlreiche macedonische Griechen und Bulgaren sind verhaftet und nach Trapezunt geschickt worden.

### Ein offizielles türkisches Bulletin.

**Konstantinopel, 13. Febr.** Ein offizielles Bulletin vom 12. Februar besagt: Gestern vormittag unternahm der Feind von Ofen her einen Angriff gegen die Umgebung von Maltepe; der Kampf dauerte 2 1/2 Stunden, ohne eine Veränderung der Lage herbeizuführen. Die Beschießung von Adrianopol dauert fort. In aber schonmal vorgestern sind serbische Truppen vor Adrianopol eingetroffen.

### Ein griechische Torpedobootsflotte im Kanal bei der Insel Gaidaro.

Ein griechische Torpedobootsflotte im Kanal bei der Insel Gaidaro. Der Feind überwacht die Straße zwischen Tenedos und Gaidaro.

### Prinz Karl von Rumänien in Berlin.

**Berlin, 13. Febr.** Prinz Karl von Rumänien ist heute nachmittags 4 Uhr 40 Min. auf dem Bahnhof Friedrichstraße eingetroffen. Zu seinem Empfang waren Prinz Eugen und Prinz August Wilhelm erschienen. Die Ehrenkompanie stellte das 2. Gardebataillon zu Fuß.

### Eisenbahnverkehr in Nordamerika.

**NewYork, 13. Nov.** Wie verlautet, werden die Feiern der Wahlen am Sonntag abend den Streik beginnen. Der Präsident des Feiertagsverbandes soll erklärt haben, daß die Lage hoffnungslos sei.

### Eröffnung einer großen Falschmünzerverbande.

**Sabazog (Böhmen), 13. Febr.** Die hiesige Polizei ist einer großen Falschmünzerverbande auf die Spur gekommen. Sechs Personen, meist hiesige Geware, wurden verhaftet. Die Affäre scheint weitere Kreise zu ziehen. Die Falschmünzer fertigen ausschließlich brasilianisches Geld an und sandten es bereits seit zehn Jahren in Fälschern, deren Anzahl als Zement dekariert war, ins Ausland. Die Verberterort sind waren Curitiba in Brasilien und Paratarijo. Das umgekehrte jastische Geld beträgt über ein Viertel Million Kronen. Der Hauptgeschäftszweig ist angeblich der im Nachbarort Bad Schlag wohnende Privatier Leuner, von dem erzählt wird, daß er früher Großkaufmann in Curitiba war und von dort wegen unaufrichtiger Machenschaften flüchten mußte. Die Fälscher enthielten Zement; die Falschitate waren in der Mitte der Fälscher verpackt, so daß das jastische Geld niemals entdeckt wurde.

### Eine Niederlage von Bomben endigt.

**Tiflis, 13. Febr.** Bei den Nachforschungen wegen des im September 1912 verübten Polizeibestandes endete die Polizei gelftern in einem Hause in der Grisiobowstrasse eine Niederlage fertiger Bomben und eine Menge Sprengstoff. 21 Personen wurden verhaftet. Diese Entdeckung vermindert, wie die Polizei festgehalten hat, die Ausführung von bereits geplanten Ueberfällen auf das Postamt und einige Banken.

### Aushebung eines Todesurteils.

**Leipzig, 13. Febr.** Das Reichsgericht hat heute das Urteil gegen den Bergmann Johann Berzeheim, der vom Schwurgericht Meß am 21. November v. J. wegen Mordes, begangen an dem Bergmann Max Reichsacher in Altdringen, zum Tode verurteilt worden, aufgehoben und an dem Polizeibeamten Schmitz, zum Tode und zu neun Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, auf. Die Aufhebung erfolgte, weil ein Antrag des Verurteilten auf Revision und Behebung eines weiteren Sachverhältnisses abgelehnt worden war.

### Die Pariser Börse.

**Paris, 13. Februar.** Bei anbauender Unsicherheit zeigte die Börse zu Beginn eine unregelmäßige Kursbewegung. Die Spekulation beobachtete große Zurückhaltung, trotz der guten Stimmung der deutschen Börsen. Bei nur unbedeutenden Kursveränderungen schloß die Börse bespaupert.







